
MITTEILUNGSVORLAGE

M/2009/0254

Beratungsfolge:

Planungs-, Verkehrs- und
Umweltschutzausschuss

Termin

12.09.2013

Entscheidung

Kenntnisnahme

Öffentl.

Ö

Tagesordnungspunkt:



Resolution zur Verschärfung des Planungs- und Immissionsrechtes für
Intensivtierhaltungsanlagen im Außenbereich

Sachverhalt:

Gemäß Beschluss des Rates vom 26.02.2013 wurde den Bundestagsabgeordneten des Rhein-Sieg-Kreises sowie dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die Resolution zur Verschärfung des Planungs- und Immissionsrechtes für Intensivtierhaltungsanlagen im Außenbereich zugeleitet. Die Bearbeitung der Eingabe durch den Petitionsausschuss wurde jedoch abgelehnt, da Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften als juristische Personen des öffentlichen Rechts kein Petitionsrecht zusteht. Die Auffassung stützt sich auf Artikel 19 Abs. 3 Grundgesetz und den Grundsatzbeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 08.07.1982 (BVerfGE 61, 82 ff.).

Daraufhin wurde die Resolution ebenfalls Herrn Minister Johannes Remmel, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in Düsseldorf mit der Bitte zugeleitet, die gemeindlichen Interessen gegenüber den Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu vertreten, damit entsprechende Lösungen realisiert werden können.

Die Antwort von Herrn Minister Remmel ist zur Kenntnisnahme beigelegt.